

Diese Grunddifferenz trennt die Kirche noch in ihrem ekklesiologischen Ausdruck. Der trennende Umfang dieser Divergenz wird von den beiden Partnern nicht auf gleiche Weise eingeschätzt.

17. Was beiden Partnern noch zu tun bleibt, ist zu versuchen, den heute noch bestehenden trennenden Unterschied zu verringern oder zu überwinden, um ihn zu einer mit der Einheit kompatiblen Verschiedenheit zu verwandeln. Dies wird durch eine Integrierung unserer jeweiligen Ausrichtungen in ein weiteres, umfassenderes Verständnis des Mysteriums geschehen. Dies erfordert eine größere Achtsamkeit auf den Teil unantastbarer Wahrheit, den unser Partner bezeugt. *Die Beteuerung eines Grundkonsenses, der die heute bestehende Situation nicht betrifft, reicht nicht aus.* Aus diesem Grund brauchen wir nicht nur eine Übereinstimmung, sondern eine Versöhnung, die über die Buße eines jeden geht.

Da der uns noch trennende Unterschied sich an der Verbindung zwischen Soteriologie und Ekklesiologie befindet und wir noch nicht in derselben Art und Weise „die Kirche glauben“, müssen wir uns gemeinsam die Frage stellen und in aller Wahrheit darauf antworten: Welche *eklesiologischen Konsequenzen* ziehen wir aus der Aussage von der Rechtfertigung durch die Gnade Christi im Glauben?

Aus dem Französischen übersetzt von André Birmelé

Ökumenische Versammlung Dresden

„Eine Hoffnung lernt gehen – Gerechtigkeit dem Menschen,
Friede den Völkern, Befreiung der Schöpfung. Geht mit!“

Mit diesem Motto lud die von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR eingesetzte Vorbereitungsgruppe die Christen und alle sonst Engagierten dazu ein, die Hoffnungen zusammenzufassen und sie gehfähig werden zu lassen, die sich seit Vancouver mit dem Stichwort „konziliarer Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ verbinden. Ein nach den Dimensionen, in denen hierzulande solche Unternehmungen vorbereitet werden, kleiner Kreis rief und sandte ein schlichtes Faltblatt hinaus – das Echo war überwältigend. 10 545 Eingaben und Anregungen (Stand 1. 2. 1988) hatten binnen weniger Wochen die Initiatoren erreicht und ließen sich selbst bei Schichtarbeit bis zur Eröffnung am 12. 2. nur zu Zweidritteln auswerten.

Schlüsselt man diese Einsendungen thematisch auf, so erhellt, daß natürlich die Aufbruchstimmung seit dem Amtsantritt Gorbatschows die Einsender ermutigt hat. Jetzt könnte es Sinn haben, sich mit dem, was eine Familie, eine Gruppe, ein Netzwerk schon lange bewegt, an die christliche Gesamtheit zu wenden und wenigstens die innerkirchliche Abgeschlossenheit zu überwinden. Charakteristisch dafür ist, daß unter den neun Stichworten, unter denen die von den *Kirchen* selbst erwartete *Gerechtigkeit* aufgelistet wurde, 628 Einsendungen mehr Transparenz in und zwischen den Kirchen und mehr Sachinformationen und Argumentationshilfen der Kirchen für den gesellschaftlichen Bereich erbitten. Damit überwiegen die Zuschriften dieses Inhalts alle acht anderen Problemkreise bei weitem, z. B. daß sich die Kirche

für mehr Gerechtigkeit im Verhältnis Kirche-Staat, bei der ökumenischen Zusammenarbeit, bei Finanzen und Bauvorhaben, in Strukturfragen u.a.m. einsetzen solle. Auch die Einsendungen zu Gerechtigkeit und Partizipation in der eigenen *Gesellschaft* leben weithin von dieser allgemeinen Hoffnungswelle. Hier liegen Erziehung, Ausbildung und Beruf weit voran, gefolgt von Reisen und Ausreisen, allgemeinen Menschenrechten, Rechtssicherheit, Arbeit, Kranke, Alte, Behinderte, Mündigkeit und Mitsprache, neues Denken, demokratische Umgestaltung. Einige Ökumeniker beklagten angesichts dieses Gefälles eine starke DDR-Zentriertheit, ja es war von Nabelschau und Jeremiaden die Rede. Wer die vielen, oft nur hochgespielten westdeutschen Klagegesänge im Ohr hat, meint, daß rund 650 Vorschläge zu *weltweiter* Gerechtigkeit/ökumenischer Solidarität durchaus gesamtökumenische Verantwortung vieler Gemeinden und Privatpersonen in der DDR erkennen lassen, vor allem wenn dabei die Stichworte neue Weltwirtschaftsordnung/Schuldenproblem, Umorientierung bei der Lebensqualität um der Zwei-Drittel-Welt willen, Projekte und Partnerschaften dorthin, 2%-Appell und Ausländer im eigenen Land deutlich vorantehen.

Unter den Einsendungen zum Thema *Frieden* befassen sich die meisten Einsendungen mit der Erziehung zum Frieden (1065), wobei zur Weiterarbeit die christologisch begründete Absage an Geist, Logik und Praxis von Feindbildern und eine eigenständige Friedenspädagogik besonders empfohlen werden, also zwei Themenbereiche, die unter uns von vielen als zu politisch abgewehrt werden. 945 Vorschläge gingen ein zur Frage des Wehrdienstes und der vormilitärischen Ausbildung; unter ihnen weit voran das Verlangen nach einem zivilen Ersatzdienst und Konkretionen dazu (z. B. Bereitschaftserklärung zu längerer Dienstzeit und Einsatz im Umweltdienst). Wesentlich weniger, dafür sehr qualifizierte Eingaben galten dem Bereich Abrüstung/Überwindung der Abschreckungsdoktrin und des Kriegs als Institution (220) sowie den Herausforderungen, vor die Theologie und Kirche durch die Friedensaufgabe gestellt sind (261). Ähnlich wie in der Bundesrepublik fehlen auch in der DDR jene Stimmen nicht, die Frieden als Geschenk Gottes im Widerspruch oder in qualitativer Überordnung zum Weltfrieden sehen und die Bemühungen um letzteren als wenig aussichtsreich betrachten.

Derjenigen Gruppe, die die Einsendungen zu *Bewahrung der Schöpfung* auswertete, fiel auf, daß einige bekannte Umweltgruppen nicht und die traditionelle Gemeinde wenig unter den 1873 Einsendern vertreten sind; ferner daß die globale Problematik noch wenig gesehen und daß die Kirche als gesellschaftliche Kraft verstanden wird, die sich zum Anwalt konkreter Anliegen machen soll. Der Anthropozentrismus als Ursache für die Gefährdung der nichtmenschlichen Schöpfung ist noch kaum im Blick. Es dominieren konkrete Beobachtungen (Umweltschäden) und Erfahrungen (Informationsdefizite).

Mit der Aufarbeitung der in diesen Einsendungen angeschnittenen Fragen steht die ökumenische Versammlung vor einer gewaltigen Aufgabe. Zugleich war aber schon zu Beginn sichergestellt, daß die 146 Delegierten und 18 Berater den konziliareren Prozeß nicht erst anzukurbeln hatten, sondern mitten in ihn hineinversetzt wurden, als sie vom 12. bis 15. Februar in der Christusgemeinde in Dresden-Strehlen zur ersten Session zusammentraten. Vertreten waren bei der ersten Session 19 Mitgliedskirchen der AGCK, nämlich die acht Mitgliedskirchen des Bundes Evangelischer Kirchen, die Brüder-Unität, die Methodisten, Baptisten, Reformierten, Alt-

katholiken, Mennoniten und Quäker sowie – abweichend von der ACK in der Bundesrepublik – das Moskauer Patriarchat, die Adventisten und das Apostelamt Jesu Christi. Die Evang.-luth. (altlutherische) Kirche und die Freien evangelischen Gemeinden hatten Gaststatus. Eine starke Aufwertung erfuhr das Vorhaben, als die Berliner Bischofskonferenz, die der AGCK bisher und zunächst auch weiterhin nur im Beobachter-Status angehört, Anregungen des Dresdner Katholikentreffens vom Sommer 1987 aufgriff und sich gegen Jahresende doch noch zu voller Beteiligung entschloß. Ihre Delegierten wurden freudig willkommen geheißen und ließen ihrerseits erkennen, wie dankbar sie sind, an der Ökumene der DDR nicht länger nur auf Distanz beteiligt zu sein.

Die Ökumenische Versammlung begann ihre Beratungen mit einer genüßlichen Abwicklung der Präsidiumswahl mit Hilfe einer elektronischen Abstimmungsanlage sowie mit der Bekanntgabe und den Trendmeldungen über die Einsendungen. Es folgte eine öffentliche Veranstaltung „Wahrnehmung der Herausforderungen“. Darin wurden als Kurzberichte neun „Zeugnisse der Betroffenheit“ vorgetragen, je drei zu jedem Themenbereich. Ihnen folgte ein Wagnis, dem sich eine bundesrepublikanische Versammlung dieses Kalibers schwerlich ausgesetzt hätte, nämlich durch einen Psychotherapeuten unter dem Thema „Wer sind wir selbst in diesen Herausforderungen?“ verdrängte eigene Ängste aufzeigen und überprüfen zu lassen, ob die gängige Form christlichen Zeugnisses und Gemeindelebens diesen Herausforderungen gewachsen ist.

Der Berichtersteller fühlte sich pastoral am stärksten durch den Beitrag „Frauen für den Frieden“ angesprochen, problemanalytisch am meisten durch einen Beitrag, der aufzeigte, welche Veränderungen an einer universal angelegten Bewegung wie dem Sozialismus vor sich gehen, wenn er reaktiv in Abgrenzungen übergeht und diese an seine Bürger weitergibt. So sehr in diesen Beiträgen ein Verlangen nach Erneuerung unverkennbar war, dominierte doch die Bitte an Staat und sozialistische Gesellschaft, den Christen mehr Mitwirkung in einer Weise zu ermöglichen, in der sie ihre Identität wahren können, ja der Wunsch, verlässliche Partner bleiben und noch mehr werden zu können. Nichts wäre verfehler, als diesen Aufbruch rückwärtsgewandt als Revisionismus zu deuten; gegen nichts grenzten sich die Gesprächspartner so sehr ab als gegen Versuche, sie als Opposition in Anspruch zu nehmen. Die Zeugnisse der Betroffenheit riefen nicht nostalgisch Vergangenheit zurück; sie begründeten, wie notwendig eine gemeinsame Tagesordnung für die Bewahrung des Glaubens auf Zukunft hin in einem Land ist, das als Heimat empfunden wird und es noch mehr werden soll.

Im Anschluß an diese Einstimmung galt es, die Erkenntnisse aus den Einsendungen in Aufträge an Arbeitskreise umzusetzen, die bis zu einer zweiten Ökumenischen Versammlung im Oktober 1988 die Anregungen auf vorhandene Konsense zwischen den Kirchen hin zu überprüfen und festgestellte Dissense in ökumenische Arbeitsaufgaben umzuwandeln haben. Es wurden vier solcher Arbeitsgruppen zum Thema Frieden, drei zum Thema Gerechtigkeit, fünf zur Bewahrung der Schöpfung und eine Arbeitsgruppe „Zusammenschau“ gebildet, die sich mit der theologischen Grundlegung und Verknüpfung der drei Themenbereiche zu befassen hat. In der Schlußabstimmung fand die Mehrzahl dieser Arbeitsaufträge fast einstimmigen Rückhalt in der Versammlung. Es gab aber auch Aufträge, bei denen Neinstimmen und Enthaltungen deutlich zunahmen, z. B. die Herausforderungen, Kirche des

Friedens zu werden, des Wertewandels und Lebensstils, der Energie für die Zukunft, der Bewußtseinsbildung durch Information oder des Verhältnisses von Ökologie und Ökonomie im Rahmen vorhandener und möglicher gesellschaftlicher Strukturen.

Ökumenische Weisheit bewies die Versammlung, indem sie der Unterscheidung zustimmte zwischen notwendigen Hintergrundklärungen und konkreten, handlungsorientierten Aussagen mit eindeutigen Adressaten. Nur die letzteren sollen Gegenstand der Beschlußfassung in den beiden folgenden Versammlungen sein. Mit anderen Worten: die theologische Konsensbildung ist als unerläßliche Begleitung des konziliaren Prozesses erkannt, ökumenische Handlungsimpulse aber sind vorgeordnet. Von den Konsensen, die sich dazu einstellen, erwartet man eine günstige Auswirkung auch auf den theologischen Dialog. Mindestens der Intention der Ökumenischen Versammlung nach soll also dem gewehrt werden, daß Konsense ohne Konsequenzen entstehen.

Es wird für die ökumenische Entwicklung in der Bundesrepublik wichtig sein zu verfolgen, wie weit diese Intention sich durchhalten läßt. Und spannend dürfte werden, ob und wie die Suche nach gemeinsamen Verantwortungsfeldern des Glaubens sich auch auf das Bezeugen und die künftige Sprachgestalt gemeinsamer Lehraussagen auswirken wird. Sollte sich das ins Auge gefaßte Konsensverfahren als handlungs- und sprachfördernd erweisen, ginge von der ersten Ökumenischen Versammlung der DDR ein Anstoß von gesamtökumenischer Bedeutung aus.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Hoffnungen haben sich gefunden und sind sprachfähig geworden. Der konziliare Prozeß hat eine in Gemeinden, Gruppen und Familien abgesicherte Vertrauensgrundlage gewonnen, auf der die schwierige Arbeit am Detail beginnen kann. Wie weit dabei bis Ende August 1988 in den Arbeitsgruppen gemeinsam vertretene Handlungsimpulse entwickelt werden können, bleibt abzuwarten; ebenso ob die Zeit zwischen Oktober 1988 und einer dritten DDR-internen Versammlung noch vor der europäischen Konvokation ausreicht, damit Kirchen und Synoden sich die Ergebnisse aneignen und sie gemeinsam in Basel vertreten können.

Hans Vorster

Theologie der Befreiung – Theologie des Friedens

2. Friedensseminar in Budapest

Auf dem Weg zu einer Theologie des Friedens hatten sich im September 1984 in Budapest Frauen und Männer zu einem Seminar versammelt, die von Karoly Toth und Stephen Tunncliffe aus vielen Friedensinitiativen verschiedener kirchlicher und geistlicher Zugehörigkeit eingeladen worden waren. Toth verfügte über Erfahrungen der Christlichen Friedenskonferenz, Tunncliffe über Erfahrungen der Bewegung für nukleare Abrüstung. Beide suchten das Gespräch aus den Engführungen der tagespolitischen Zuspitzung zu befreien und in eine grundsätzlichere theologische Besinnung zu führen. Der Versuch von 1984 ermutigte, im Dezember 1987 in Budapest einen zweiten Schritt zu versuchen. Inzwischen hatte die ökumenische Debatte gezeigt, wie untrennbar die Frage nach dem Frieden mit der Frage nach der Gerech-